**Beschluss Nr. 5**

# Haltung zeigen, politische Arbeit stärken
# Die KLJB als politischer Jugendverband

Der Bundesvorstand wird beauftragt, die politische Arbeit des KLJB Bundesverbands weiterhin, auf Grundlage von Beschlusslagen, werteorientiert, transparent und demokratiestärkend zu gestalten. Dabei steht die Stärkung demokratischer Strukturen, der Einsatz für Menschenwürde, Gerechtigkeit, internationale Solidarität und Bewahrung der Schöpfung im Mittelpunkt. In Zeiten zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung, demokratiefeindlicher Tendenzen und wachsender Einflussnahme rechtspopulistischer und rechtsextremer Kräfte stehen auch Jugendverbände vor großen Herausforderungen.[1]

Die KLJB versteht ihre politische Arbeit als Beitrag zur Stärkung der Demokratie, zur Bewahrung demokratischer Räume, die zunehmend unter Druck geraten[2] und zum Schutz einer offenen, pluralistischen Gesellschaft.

Eine vermeintliche „Neutralitätspflicht" lehnen wir ab. Sie würde bedeuten Ungerechtigkeit, Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit tatenlos hinzunehmen. Daher ist es dem KLJB-Bundesverband wichtig diese Strukturen zu stärken, auch innerhalb des Verbandes.

## Überparteilichkeit bedeutet nicht politische Neutralität

Die KLJB handelt auf Grundlage ihrer Beschlüsse und christlichen Werte – unabhängig von parteipolitischen Interessen. Die KLJB strebt weiterhin einen offenen, respektvollen und konstruktiven Dialog mit allen demokratischen Parteien an und setzt sich kritisch mit deren Positionen auseinander.

Ein Austausch mit rechtsextremen, rechtspopulistischen und menschenfeindlichen Parteien oder Organisationen widerspricht unseren Grundwerten und findet nicht statt.[3]

## Transparenz bedeutet nachvollziehbare und verantwortungsvolle Kommunikation

Politische Positionen des KLJB-Bundesverbandes entstehen auf Basis innerverbandlicher Beteiligungsprozesse und demokratischer Beschlüsse. Politische Aussagen und Handlungen des Bundesverbandes müssen für Mitglieder und Öffentlichkeit nachvollziehbar sein.

Um Transparenz zu gewährleisten, ist sicherzustellen, dass relevante Beschlüsse und politische Positionierung zeitnah, dauerhaft und gut auffindbar auf der Website des Bundesverbands

---

[1] + [3] KLJB-Bundesversammlung 2024 – Beschluss Nr. 4 „Klare Kante gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus! Wir stehen für eine offene und pluralistische Gesellschaft ein." https://www.kljb.org/wp-content/uploads/2024/04/BV-2024-Beschluss-Nr.-4-Klare-Kante-neu.pdf

[2] Der Begriff „Shrinking Spaces" (dt. „schrumpfende Räume") beschreibt die Tendenz, dass der gesellschaftliche und politische Handlungsspielraum für zivilgesellschaftliche Akteurinnen, Medien und Initiativen kleiner wird. Dies kann sich in restriktiven Gesetzen, finanziellen Hürden, Diffamierung oder eingeschränktem Zugang zu Öffentlichkeit äußern. Der Ausdruck wird in Forschung, Bildung und internationalen Organisationen genutzt, um auf den Rückgang offener und pluralistischer Beteiligungsräume hinzuweisen.* (vgl. Wochenschau Verlag 2021; Bundeszentrale für politische Bildung; CIVICUS Monitor)

veröffentlich werden. Darüber hinaus sollen zentrale Aussagen und Beschlusslagen auch über Social-Media-Kanäle des Bundesverbands kommuniziert und eingeordnet werden, um möglichst viele Mitglieder zu erreichen und Klarheit über die Beschlusslage zu erreichen.

In der Welt der sozialen Medien werden Inhalte oft stark verkürzt und emotionalisiert verbreitet, daher braucht es einen besonders sorgfältigen Umgang mit Sprache, Symbolik und Tonalität. Der KLJB-Bundesverband trägt hier eine besondere Verantwortung, sachlich und differenziert zu kommunizieren. Daher soll der zugrunde liegende Beschluss benannt oder verlinkt werden, wenn politische Inhalte auf Social Media in vereinfachter Form oder als Statement veröffentlicht werden. Politische Kommunikation der KLJB zielt nicht auf Polarisierung, sondern auf Dialog und kritischer Auseinandersetzung.

**Reflexion bedeutet für uns gemeinsames Lernen und Weiterentwicklung**

Politische Aussagen des KLJB-Bundesverbandes wirken über den Moment hinaus, sowohl innerhalb der Mitgliedschaft als auch in Politik, Kirche und Gesellschaft. Um diese Wirkung verantwortungsvoll zu gestalten, braucht es eine regelmäßige, strukturierte Reflexion, die der Bundesvorstand intern durchführt.

Diese Reflexion dient nicht der inhaltlichen Steuerung nach öffentlicher Wirkung, sondern der Stärkung unserer gemeinsamen politischen Handlungsfähigkeit.

Dabei können auch verbandsinterne Umfragen, qualitative Rückmeldeschleifen mit den Diözesan- und Landesverbänden, Bundesgremien sowie Auswertungen von Reaktionen auf Social Media zum Einsatz kommen. Der Bundesvorstand nimmt alle Rückmeldungen aus dem Verband ernst und bezieht diese in den Reflexionsprozess ein.

*Abstimmungsergebnis:*

| | |
|---|---|
| *9* | *Ja* |
| *0* | *Nein* |
| *7* | *Enthaltungen* |